



Der Ausschuss der Regionen als Spiegelbild regionaler Europapolitik

Über die Bedeutung der Institution für NRW
und seine Wirkungsweise

Lukas Bieber

März

2016



EU-Kenner und Politikinteressierte werden bei der Lektüre des einen oder anderen Artikels bereits schon einmal auf den Ausschuss der Regionen ([AdR](#)) gestoßen sein. Der AdR ist offizieller Teil des EU-Institutionengefüges, doch wird wesentlich öfter über die medienwirksame Kommission, den mächtigen Rat oder ggf. das Europäische Parlament (EP) berichtet. Die Rolle des AdR ist deshalb oft unklar und wird vielmals unterschätzt. Dieser Beitrag soll eine kurze Einführung über die Wirkungsweise der Institution bieten und die Verquickung zu NRWs Europapolitik skizzieren.

Im Zuge des Vertrages über die Europäische Union Anfang der 1990er fürchteten Vertreter europäischer Regionen und Kommunen einen schleichenden Kompetenztransfer zugunsten der supranationalen Ebene. Schließlich wurden durch den Vertrag weitreichende Kompetenzen absorbiert, beispielsweise in Kernbereichen wie Unionsbürgerrechte und Wirtschaft und Soziales. Trotz des vereinbarten Subsidiaritätsprinzips pochten gerade Regionalvertreter föderaler Mitgliedstaaten, wie Deutschland oder Belgien, auf institutionelle Einbettung ihrer Gestaltungsmacht. Infolgedessen wurde 1994 mit dem AdR, eine Art „Länderkammer auf EU-Ebene“, ein politisches Gegengewicht zur Europapolitik der Hauptstädte gegründet.

Durch den AdR wird eine direkte Verbindung zwischen regionaler bzw. kommunaler Ebene und der EU-Ebene hergestellt. Der AdR flankiert die gesetzgeberischen Tätigkeiten des Dreiecks Kommission-Ministerrat-EP und muss bei EU-Rechtsvorschriften mit Auswirkung auf Regionen und Städte stets angehört werden. Zwar besitzt der AdR formell keine Veto-Möglichkeit, kann sich aber durch (Initiativ-) Stellungnahmen Gehör verschaffen. Dies ist zum Beispiel bei der vergangenen Plenartagung geschehen:

In Anbetracht der aktuellen außergewöhnlichen Flüchtlingssituation erwägen einzelne Mitgliedstaaten, das Schengener Abkommen (temporär) aufzukündigen. Im AdR hat sich eine überparteiliche Mehrheit gefunden, die eine EntschlieÙung zur Bedrohung für den grenzfreien Schengen-Raum der EU annahm. Die Quintessenz: Die Regionen



Europas lehnen Binnengrenzen ab. Der Annahme der Entschließung¹ ging eine Aussprache der AdR-Mitglieder und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, voraus. Im Rahmen der Aussprache trug auch Markus Töns, MdL und nordrhein-westfälisches AdR-Mitglied sowie stellvertretender Vorsitzender der SPE-Fraktion, eine Replik vor. Die Haltung des AdR schien Tusk in seiner Vorstellung, dass Grenzen zwischen Nationalstaaten, nicht aber zwischen Regionen verlaufen, grundsätzlich zu bestärken. Diese politische Botschaft versprach Tusk im Rahmen des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs von Mitte Februar vorzubringen. Trotz des formell lediglich konsultativen Charakters kann der AdR für politischen Rücken- bzw. Gegenwind sorgen.

Des Weiteren erklärte Tusk, dass Regionen die Stelle seien, „wo Dinge (EU-Politikvorhaben) erledigt werden“. Für Kritiker des AdR leitet sich daraus allerdings nicht zwangsläufig politische Bedeutsamkeit der Institution ab: sie stellen die These auf, dass der AdR seit seiner Gründung an Prestige verloren habe, was sich beispielsweise in der Besetzung der Posten widerspiegele. So fanden sich in der Vergangenheit deutsche Ministerpräsidenten neben stellvertretenden Bürgermeistern aus französischen oder britischen Kleinstädten wieder. Kritiker erkennen darin ein „Downgrading“ des politischen Prominenz-Faktors. So würde der regionalen Interessenvertretung auf nationaler Ebene oft eine höhere Relevanz eingeräumt als der Positionierung auf der AdR-Plattform.

Allerdings gibt es nach wie vor Regionen, die großen Wert auf eine aktive Begleitung des Meinungsbildungs- und Gestaltungsprozesses im Rahmen des AdR legen. Hier kann allen voran die nordrhein-westfälische Landesregierung angeführt werden, die dem AdR eine wichtige Rolle zuspricht: „Wir werden die gute Arbeit im AdR fortsetzen und sie konsequent verknüpfen mit allen anderen Wegen zur Vertretung unserer europapolitischen Landesinteressen, insbesondere im europäischen Rechtsetzungsprozess.“

¹ Da der Fokus des Beitrages auf der Wirkungsweise des AdR liegt, wird hier nicht weiter inhaltlich auf die Entschließung eingegangen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in dem Dokument neben der politischen Dimension der vier Freiheiten auch der ökonomische Aspekt betont wird. Schließlich profitieren v.a. lokale und regionale Gebietskörperschaften vom Wegfall von Binnengrenzen und können bspw. verschiedenste EU-Fördermittel zum Zwecke der territorialen Zusammenarbeit abrufen.



Wir wollen die Interessen der regionalen und lokalen Ebene stärken und dafür Sorge tragen, dass das „Europa der Regionen“ an Kontur gewinnt“ (NRWSPD - Bündnis90/ Die Grünen NRW, Koalitionsvertrag 2012-2017: 119).

NRW weiß den AdR als politische Plattform für sich zu nutzen: so hat das nordrhein-westfälische AdR-Mitglied Töns im vergangenen Jahr in der Fachkommission Wirtschaftspolitik (ECON) eine Initiativstellungnahme zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) übernommen - ein bedeutsames Dossier für NRW.

Töns erklärt, dass „ich keine Fundamentalopposition gegen TTIP mache. Das wäre auch schädlich für Nordrhein-Westfalen (...). So hat NRW im Jahr 2013 für rund 10,6 Mrd. Euro in die USA exportiert; die Importe aus den Vereinigten Staaten nach NRW beliefen sich auf 7,0 Mrd. Euro. Das ist beeindruckend, (...) allerdings wird es TTIP (...) nicht auf Kosten von Standards, nicht auf Kosten des Zusammenhalts in unseren Gesellschaften und nicht ohne Transparenz geben“ ([Interview](#) mit Markus Töns, vom 09.02.2015). Töns' Stellungnahme, die durch die Fachkommission angenommen wurde, spiegelt die Haltung der nordrhein-westfälischen Landesregierung wider, die ebenfalls von einem „vernünftigen und ausgewogenem Freihandelsabkommen“ (Europapolitische Prioritäten des Landes 2015: 9) spricht.

Des Weiteren wird Töns in diesem Jahr eine weitere Berichterstattung zu staatlichen Beihilfen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) übernehmen, was einem weiterem Arbeitsschwerpunkt der Landesregierung entspricht (Europapolitische Prioritäten des Landes 2016: 9).

Die Argumentation von Kritikern des AdR, die ein „Downgrading“ der Institution beobachten, ist im nordrhein-westfälischen Fall von der Hand zu weisen. Allen voran lassen die Stellungnahmen sowie Töns' Amt als stellvertretender Vorsitzender der SPE auf eine engagierte europapolitische Ausrichtung NRWs schließen.

Nichtsdestotrotz seien sich viele Regionen der EU nicht gänzlich der politischen und praktischen Möglichkeiten des AdR bewusst, erklärt Thomas Wobben, Direktor für Legislativtätigkeiten im AdR. Dies verbindet Wobben mit einer zentralen Forderung:



Es müsse neben dem politischen Austausch mit den AdR Mitgliedern auch verbesserte Rückkopplungsschleifen zwischen der lokalen Verwaltungsumsetzung und der europäischen Gesetzgebung geben. Durch die Schaffung von Kommunikationskanälen, z.B. durch territoriale Folgenabschätzungen im Rahmen der EU Maßnahmen zur besseren Rechtssetzung, müsse die lokale Arbeitswirklichkeit besser auf EU-Ebene abgebildet werden können. Dies würde darüber hinaus dazu beitragen, die klaffende Lücke zwischen den Erwartungen der Bürger vor Ort und dem Brüsseler Entscheidungsfindungsprozess zu verkleinern.

Vergleicht man den AdR mit dem EP, sollte in Erinnerung gerufen werden, dass das EP auch einige Jahrzehnte benötigte, um eine klare und allseits anerkannte Position im EU-Institutionengefüge zu erstreiten. Daher sollten nach zwanzig Jahren Arbeit des AdR und großen vertraglichen Umbrüchen keine überzogenen Erwartungen an diese Institution gestellt werden. Nichtsdestotrotz sollten Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften verstärkt dazu beitragen, die Rolle des AdR im Zusammenspiel der Institutionen zu kommunizieren. Eine Besinnung auf das, wozu der AdR durchaus fähig ist, kann helfen, den AdR auch außerhalb der Zirkel von Politikinteressierten und EU-Kennern zu etablieren.

Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönlichen Ansichten des Autors wieder.



Lukas Bieber hospitierte bei der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens zur Europäischen Union.